



BDI

Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.

**Presse und
Öffentlichkeitsarbeit**

Pressemitteilung

BDI-Präsident Dieter Kempf: Europa darf sich von den USA nicht erpressen lassen

- Dauerhafte Ausnahme von Importbeschränkungen für Stahl und Aluminium ist Bedingung für Verhandlungen
- Abbau von Zöllen im transatlantischen Handel bleibt langfristiges Ziel
- Autoeinfuhren keine Gefahr für nationale Sicherheit der USA

Seite
1 von 2

12/2018
27. Mai 2018

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Dieter Kempf, fordert die EU auf, vor dem am Freitag bevorstehenden Ende der Ausnahmefrist für Stahl- und Aluminiumzölle in den USA standhaft zu bleiben. „Europa darf sich von den USA nicht erpressen lassen“, sagte Kempf am Sonntag in Berlin. „Es bleibt absolut richtig, dass die EU auf einer dauerhaften Ausnahme von Importbeschränkungen für Stahl und Aluminium besteht. Erst dann sollte über die Aufnahme grundsätzlicher Handelsgespräche mit den USA diskutiert werden.“

Kempf sagte weiter: „Der Abbau von Zöllen und anderen Hürden im transatlantischen Handel muss ein langfristiges Ziel von Verhandlungen bleiben. Die Öffnung beider Märkte muss dabei auf Gegenseitigkeit beruhen.“ Der BDI-Präsident schränkte jedoch ein: „Ein reines Zollabkommen mit den USA wäre aus Sicht der deutschen Industrie zu kurz gegriffen.“

Kritisch bewertet der BDI die vom US-Präsidenten gerade veranlasste Prüfung von höheren Zöllen auf Autoimporte. „Äußerst besorgniserregend ist, dass die USA Einfuhren mit dem irreführenden Argument nationaler

**Bundesverband der
Deutschen Industrie e.V.**
Mitgliedsverband
BUSINESSEUROPE

Telekontakte
T: +493020281479
F: +493020282479

Internet
www.bdi.eu

E-Mail
Presse@bdi.eu

Sicherheit beschränken wollen“, sagte Kempf. „Autoimporte gefährden gewiss nicht die nationale Sicherheit der USA.“

Seite
2 von 2

Langfristig nutze es US-Herstellern nichts, wenn sie durch Schutzzölle vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden. „Durch Abschottung gewinnt die US-Industrie kein Quäntchen an Wettbewerbsfähigkeit“, sagte der BDI-Präsident. „US-Präsident Trump bedroht mit seiner Politik vielmehr Arbeitsplätze im eigenen Land.“